

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem CSU-Parteitag:

## „Wir werden Kurs halten!“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem Parteitag der CSU am 17./18. November in München der SPD vorgeworfen, in der Deutschlandpolitik versagt zu haben. Die freiheitliche Entwicklung in Osteuropa wäre niemals eingetreten, wenn die CDU/CSU in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß genau so umgefallen wäre wie die SPD, sagte der Kanzler. U. a. führte er aus:

„Seit wir zum letzten Mal hier zusammen waren, haben wir ein schwieriges Jahr durchstehen müssen — ein Jahr, in dem wir noch einmal ein gewaltiges Pensum an gesetzgeberischer Arbeit bewältigen mußten. Diese Arbeit war notwendig, um unsere Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft „fit“ zu machen. Dafür auch haben wir die umfangreichen Reformen durchgesetzt. Ich weiß, das war oft nicht einfach. Aber an vielen Beispielen kann man schon jetzt erkennen, daß es richtig und unverzichtbar war, daß wir auf der Grundlage unserer Prinzipien diesen Weg gegangen sind. Und das werden wir auch im nächsten Jahr tun — in einem Jahr, das von wichtigen Wahlen gekennzeichnet ist, von Kommunalwahlen, Landtagswahlen und am Ende von der Bundestagswahl.

Ich selbst werde alles tun, um Ihnen bei der bayerischen Landtagswahl zu helfen. Ich werde mich hier mit ganzer Kraft einsetzen, wie ich es immer als meine selbstverständliche Pflicht verstanden habe.

Im solidarischen Zusammenstehen haben CDU und CSU entscheidend zum Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland beigetragen — und nur so werden sie auch einen entscheidenden Beitrag für

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

### Rentenreform von A bis Z

Die Dokumentation zur Rentenreform in dieser Ausgabe können Sie auch in größeren Mengen über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold, beziehen.

Bestell-Nr.: 5208

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis je Mindestabnahme:  
19,50 DM zuzügl. MwSt.

### HEUTE AKTUELL

#### ● DDR

Volker Rühle: Bisher nur Ansätze eines Wandels. Seite 4

#### ● Berliner CDU

Unser Auftrag: Einheit und Freiheit. Seite 5

#### ● Wirtschaft

Konjunkturelle Lage so gut wie lange nicht. Seite 7

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Werbematerialien der Bundesgeschäftsstelle zur Winterzeit. Seite 14/15



(Fortsetzung von der vorherigen Seite)  
die Zukunft unseres Landes leisten können. Genau darauf kommt es in dieser Stunde an. Dieser Parteitag der CSU findet in einer völlig veränderten politischen Situation statt.

Draußen habe ich Landsleute aus der DDR begrüßen dürfen, die heute früh herübergekommen sind, um zum ersten Mal in ihrem Leben München sehen zu können.

Aber, liebe Freunde, das kann erst der Anfang sein. Es geht um Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen, um Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen. Es geht auch um den großartigen Auftrag unseres Grundgesetzes, die Einheit und die Freiheit unseres Vaterlandes zu vollenden. Liebe Freunde, wir haben stets daran festgehalten. Während andere darüber diskutierten, ob man die Präambel des Grundgesetzes streichen oder zumindest ändern sollte, während andere uns rieten, doch die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen, haben wir immer gesagt: Wir sind Deutsche, wir bleiben es, und wir gehören zusammen. Das war unsere Botschaft, und das bleibt unsere Botschaft.

## Die SPD hat allen Grund, zurückhaltend zu sein

Das heißt ebenso, daß niemand die Menschen in der DDR bevormunden darf. Das Selbstbestimmungsrecht ist von uns immer so und nicht anders definiert worden. Aber wer das Recht auf Selbstbestimmung ernst nimmt, muß auch entschieden allen Versuchen widerstehen und widersprechen, unsere Landsleute in der DDR auf die Zweistaatlichkeit festzulegen. Die Töne, die ich in diesen Tagen von manchen Sozialdemokraten und ihren grünen Helfertruppen in Berlin und anderswo gehört habe, sind für uns nicht akzeptabel. Gerade die SPD hat allen

Grund, in diesem Augenblick zurückhaltend zu sein.

**Es liegt erst wenige Monate zurück, daß manche in der SPD noch die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft für die DDR gefordert haben. Was wäre aus den Menschen in unseren Botschaften in Prag oder in Warschau geworden, wenn wir dieser Forderung nachgegeben hätten?**

Und es liegt auch noch nicht lange zurück — daran wird man ja noch erinnern dürfen —, daß führende Repräsentanten der deutschen Sozialdemokraten und führende Repräsentanten der SED nach Gemeinsamkeit suchten — nicht nur auf der Ebene staatlicher Beziehungen, sondern bezogen auf parteipolitische, ideologische Gemeinsamkeiten. Wir haben damals ein klares Nein zu solchen Bestrebungen gesagt.

Bis vor kurzem wollten die Sozialdemokraten den Status quo in Europa festschreiben. Wir dagegen haben uns nie mit einem Status quo abgefunden, der auf der Unfreiheit unserer Landsleute beruht.

## Ohne unsere Standfestigkeit wäre vieles nicht möglich geworden

Aber, liebe Freunde, auch das gehört ins Bild — und manche vermeiden ja geflüstert, darauf hinzuweisen —: Auch ohne unsere Standfestigkeit wäre dies alles nicht möglich gewesen. Wenn zum Beispiel die CDU/CSU im Frühjahr 1983 bei der Wahlkampfauseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß genauso umgefallen wäre wie die deutschen Sozialdemokraten, dann wäre wohl die Entwicklung zu mehr Freiheit in Mittel- und Osteuropa so nicht eingetreten.

Es hat sich einmal mehr gezeigt, daß nur jene die Zukunft gestalten können, die einen klaren Kurs steuern und ihn auch gegen widrige Winde durchstehen. Wir



haben damals gesagt: Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Und wir haben damals gehört — aus der SPD, denken Sie an jene Tage —, daß unsere Politik zu einer neuen Eiszeit führen werde, gerade auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.

Es war noch in diesem Jahrzehnt, daß führende Sozialdemokraten in verleumderischer Weise uns, der Union, die Fähigkeit zum Frieden abgesprochen haben. Am letzten Sonntag haben Sie sehen können, wie der Ministerpräsident Polens, der erste nichtkommunistische Ministerpräsident seines Landes in der Nachkriegszeit, mit mir den Friedensgruß getauscht hat. **Das ist ein Ergebnis auch unserer Politik!**

## „Wer nein sagt zu Europa, verrät unser deutsches Vaterland“

Bei manchen unserer Nachbarn wird jetzt eine Frage gestellt, die wir nicht ausklammern sollten. Diese Frage wird in Warschau und in Budapest gestellt, aber auch in Paris, in London, in Rom und Den Haag. Sie lautet: Werdet ihr, die Deutschen in der Bundesrepublik, euch angesichts der Entwicklung in der DDR jetzt abkapseln? Werdet ihr euren großen historischen Auftrag verlassen, ja vielleicht sogar verraten, der auch in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht — und der darauf abzielt, das Ja zur Einheit der Nation mit dem Ja zur Einigung Europas zu verbinden? Ich sage klar und deutlich: Ich stehe zu diesem Auftrag, das ist meine Politik, für die ich kämpfen werde, auch bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr. Denn ich weiß — und Sie alle wissen es auch —, daß die Einigung Europas im westlichen Teil unseres Kontinents die Voraussetzung war für alles, was jetzt in

## Stehende Ovationen für Helmut Kohl auf dem CSU-Parteitag

*Noch nie, seit Helmut Kohl Kanzler ist, hat er bei einem CSU-Parteitag so viel Beifall erhalten wie an diesem Wochenende. Zu Beginn des Jahres zwei nach Strauß sind die Schwesterpartei und der lange Zeit nur mäßig geliebte Regierungschef der Bundesrepublik dank der Hochstimmung, die die Bürger im anderen Teil Deutschlands erweckt haben, ein Herz und eine Seele. Tausend CSU-Delegierte stehen nach einer Kohl-Rede auf und klatschen. „Ich kann es gut verstehen, daß der Bundeskanzler gern bei der CSU ist, weil er hier mitunter mehr Beifall und Solidarität erfährt als in den eigenen Reihen, und daß auch der Bundeskanzler diese Solidarität, diese Unterstützung gut brauchen kann, hat man ihm angemerkt, und der hat es auch sichtlich genossen“, lobt anschließend Theo Waigel, der CSU-Vorsitzende.*

Stuttgarter Zeitung, 20. 11. 1989

der DDR und anderswo geschieht und noch geschehen wird.

Wir wissen, daß der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts an der Schwelle zum 21. Jahrhundert keine Zukunft mehr hat. Unsere Zukunft wird von dem Dreiklang gekennzeichnet sein: Heimat, Vaterland und Europa — **beispielsweise Bayern, Deutschland und Europa, wie es hier heißen muß.** Sagen Sie auch bei der Kommunalwahl, bei der Landtagswahl und natürlich bei der Bundestagswahl all jenen, die die Parolen von Gruppen der äußersten Rechten vortragen: „**Wer von Deutschland spricht und nein sagt zu Europa, verrät unser deutsches Vaterland!**“



Volker Rühle zur Lage in der DDR:

## Bisher nur Ansätze eines Wandels

Die von DDR-Ministerpräsident Modrow angekündigte Wirtschaftsreform läßt Ansätze eines Wandels erkennen, erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Volker Rühle. Sie bleibt hinter den Erwartungen der Menschen in der DDR zurück, die die Abschaffung der Planwirtschaft und eine grundlegende wirtschaftspolitische Erneuerung fordern. Was die Menschen in der DDR brauchen, sind Veränderungen, die bedeuten: gutes Geld für gute Arbeit.

Die CDU begrüßt Modrows Bereitschaft, die Beziehungen zur Bundesrepublik auszubauen. Sein Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ muß geprüft werden. Die CDU wird aber nicht zulassen, daß diese „Vertragsgemeinschaft“ die Teilung Deutschlands festschreibt.

Enttäuschend ist Modrows klare Absage an eine Wiedervereinigung. Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bundesregierung haben stets gefordert, daß die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung entscheiden müssen, ob sie mit den Bürgern der Bundesrepublik in einem deutschen Staat zusammen leben wollen.

Wenn Modrow sein Versprechen ernst meint, den Menschen in der DDR die Grund- und Menschenrechte zu gewährleisten, muß er ihnen auch das Recht auf Selbstbestimmung einräumen.

Der DDR-Ministerpräsident muß auch angesichts der bewegenden Begegnungen von Millionen von Deutschen aus Ost und West in Berlin und in Lübeck, in Helmstedt, in Hof, in Hamburg, überall in der Bundesrepublik erkennen, was die deutsche Realität ist: Wir sind ein Volk!

Es ist ein Irrtum zu glauben, die Deutschen würden sich allein mit dem Wiedersehen abfinden, über das sich jetzt alle freuen.

Das Wiedersehen der Menschen, die sich als ein Volk fühlen, ist keine dauerhafte Alternative zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Was wir jetzt schnell brauchen, sind wirtschaftliche Veränderungen in der DDR. Bevor die Bürger der Bundesrepublik mit finanziellen Opfern ihren Landsleuten helfen können, muß die DDR das harte und ungerechte Sonderopfer beseitigen, das die Menschen dort seit vielen Jahren bringen. Sie dürfen nicht länger um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden. Die Menschen in der DDR leisten gute Arbeit und müssen dafür endlich auch gutes Geld bekommen.

### Personalien

**Klaus Francke** (Hamburg), MdB, ist in Tokio auf der diesjährigen Tagung der International Democratic Union (IDU), der Weltorganisation konservativer, christlich-demokratischer und befreundeter Parteien, zum Leiter des Auswärtigen Ausschusses der IDU gewählt worden. Klaus Francke tritt in dieser Position die Nachfolge von **Volker Rühle** an.



Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat den CDU-Bundestagsabgeordneten **Bernd Neumann** zum medienpolitischen Sprecher und den CDU-Bundestagsabgeordneten **Karl Lamers** zum abrüstungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berufen.



# Berliner CDU: Unser Auftrag – Einheit und Freiheit

Die Berliner CDU hat die Führungsrolle von Eberhard Diepgen und Klaus Landowsky auch für die nächsten zwei Jahre eindrucksvoll bestätigt. Der 78. Landesparteitag wählte Eberhard Diepgen mit 299 von 334 abgegebenen Stimmen wiederum zum Landesvorsitzenden und Klaus Landowsky mit 237 von 337 abgegebenen Stimmen zum Generalsekretär. Mit 275 von 316 Stimmen blieb Jürgen Wohlrabe auch weiterhin Schatzmeister der Berliner Union.

Der Parteitag in der Kongreßhalle unter dem Motto „Unser Auftrag – Einheit und Freiheit“ war geprägt durch die dramatischen Ereignisse in der DDR. Zur Demonstration des Willens zur Einheit wurde er unterbrochen durch einen friedlichen Marsch zum Brandenburger Tor, wo Eberhard Diepgen und CDU-Generalsekretär Volker Rühle sich für den Abriß der Mauer und für die deutsche Einheit aussprachen. Ihr über ein Megaphon verstärkter Appell fand begeisterte Zustimmung.

In der Kongreßhalle betonte Eberhard Diepgen in seinem Referat, Berlin könne zu einem Modell werden, wie aus Trennung und Teilung durch Kooperation wieder ein Gemeinwesen zusammenwächst. Ganz Berlin sei eine Einheit, in der das Herz Deutschlands schlage, aber ohne die deutsche Einheit werde auch Berlin geteilt bleiben.

Diepgen forderte von der DDR die Rücknahme des Zwangsumtauschs, von der Wirtschaft der Bundesrepublik die Rückverlegung von Verwaltungszentren nach Berlin, und er setzte sich erneut dafür ein, jetzt schnell einen „Gemeinsamen Rat“

von je zwölf Mitgliedern zu benennen, der alle gemeinsamen Fragen und Anliegen von Ost- und West-Berlin frei und ohne jede Regierungskompetenz erörtern solle.

Er hoffe, so sagte Eberhard Diepgen, daß ein Jahr nach Öffnung der Mauer am 9. November 1990 in Berlin wieder ein großes Fest der Begegnung gefeiert werden könne, aber dann nicht auf dem Kurfürstendamm, sondern auf dem Alexanderplatz. Eberhard Diepgen mahnte in diesem Zusammenhang auch technische Reiseerleichterungen in die DDR an. Dem Regierenden Bürgermeister Momper hielt er vor, den Abriß der Mauer als „nicht so wichtig“ bezeichnet, sich anschließend aber medienwirksam als Zahlmeister für das von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Begrüßungsgeld für Ost-Besucher in Szene gesetzt zu haben.

Volker Rühle warf dem Regierenden Bürgermeister vor, bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag nicht weltstädtisch, sondern so kleinkariert gesprochen zu haben, daß auch Willy Brandt entsetzt gewesen sei. Er machte klar, daß eine grundlegende politische und wirtschaftliche Reform in der DDR nicht Vorbedingung, aber sachliche Voraussetzung für eine wirksame Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an die DDR sei. Wenn die SPD das jetzt als „Einnischung“ zurückweise und davon träume, mit westlicher Hilfe bei Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands in der DDR einen neuen Sozialismus aufzubauen, dann gelte die Erkenntnis: „Es gibt nur einen Sozialismus, das ist der jeweils real existierende, und der funktioniert nirgendwo in der Welt.“



CDU-Generalsekretär Volker Rühle appellierte an alle, sich der historischen Stunde gewachsen zu zeigen. „Kaum jemals hat es eine so faszinierende Chance in der Politik gegeben wie heute!“

Kritik und Selbstkritik kennzeichneten den Rechenschaftsbericht von Berlins Generalsekretär Klaus Landowsky: Ernsthafte und nachdenkliche Selbstkritik an der Arbeit einer Partei und ihrer Führung, die den vergangenen Wahlkampf verloren hat. Und aggressive, drastisch formulierte Kritik am Senat, der seit der „Wachablösung“ am Ruder ist. Zum erstenmal waren auf einem Parteitag der Berliner CDU auch Gäste aus der DDR vertreten, darunter der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ), Henning Stoerck. Am Rande der Tagung sprach der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, mit Diepgen und CDU-Generalsekretär Volker Rühle. ■

## Norbert Blüm für Landeserziehungsgeld

Der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, hat die Familienpolitik zum Schwerpunktthema kommender Wahlauseinandersetzungen erklärt und angekündigt, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen im Falle eines Wahlsieges ein Landeserziehungsgeld einführen und eine Landesstiftung „Mutter und Kind“ errichten werde.

## Berliner Senat kürzt

Der rot-grüne Berliner Senat hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. Juli 1990 den jungen Familien in Berlin keine Familiengründungsdarlehen mehr zu gewähren. Außerdem wurde entschieden, das Berliner Familiengeld künftig nur

## Internationale jüdische Organisation dankt Helmut Kohl für seine Worte in Auschwitz

B nai B rith International hat Bundeskanzler Helmut Kohl dafür gedankt, daß er das Nazi-Konzentrationslager Auschwitz besucht und die Millionen unschuldigen Opfer, die dort ums Leben kamen, geehrt hat.

In einem Brief an den Bundeskanzler schrieb der Präsident von B nai B rith International, Seymour D. Reich:

„Ihre Worte in Auschwitz waren besonders bewegend und einem solchen historischen Augenblick völlig angemessen. Nimmt man die Bilder hinzu, die wir in der amerikanischen Presse sahen, dann hatte Ihre Botschaft des Gedenkens eine wichtige Wirkung.“

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Entschlossenheit, alles zu tun, damit die tragischen Ereignisse der Vergangenheit nicht vergessen und die Lehren, die aus jener Zeit zu ziehen sind, gegenwärtigen und künftigen Generationen immer wieder in Erinnerung gerufen werden.“

Herr Reich, der auch Vorsitzender der Konferenz von Präsidenten größerer amerikanisch-jüdischer Organisationen ist, hatte im März dieses Jahres Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn geführt.

noch für neun Monate bzw. für sechs Monate zu gewähren, da der Bund die Zahlung des Erziehungsgeldes auf zunächst 15 und später auf 18 Monate verlängert habe.



# Konjunkturelle Lage ist so gut wie schon lange nicht mehr

„Seit über zwei Jahren steht die deutsche Wirtschaft im Zeichen einer kraftvollen Aufwärtsentwicklung. Die konjunkturelle Lage ist so gut wie seit langem nicht mehr, und in nahezu allen Branchen herrscht Optimismus. Hohe Auftragsbestände, steigende Gewinne und günstige Absatzperspektiven begründen dieses Urteil.“ So kennzeichnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die derzeitige wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Jahr wird das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft etwa vier Prozent betragen. Besondere Verantwortung kommt dabei den Investitionen zu. Die **Ausrüstungsinvestitionen** steigen um zehn Prozent (nach 7,5 Prozent im Vorjahr), die **Bauinvestitionen** um 5,5 Prozent.

Die **Exportnachfrage** aus dem Ausland hat sich stark erhöht, um elf Prozent sind die **Ausfuhren** aus der Bundesrepublik Deutschland angestiegen.

Die **Binnennachfrage** lag 1989 um 2,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Der **Arbeitsmarkt** — so stellen die Professore fest — stand im Jahre 1989 ganz im Zeichen der nun schon seit zwei Jahren anhaltenden kräftigen und die ganze Breite der Wirtschaft umfassenden Aufwärtsentwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit rund 340.000 Personen doppelt so stark wie im Vorjahr gestiegen — trotz der unerwartet zahlreichen Zuwanderungen von Menschen aus der DDR und aus Osteuropa. Ein Sondergutachten über die wirtschaftlichen Folgen für die Bundesrepublik aus dem

Umbruch in der DDR wird der Sachverständigenrat bis zum Frühjahr nächsten Jahres vorlegen.

Ein gutes Zeugnis stellen die „Fünf Weisen“ der Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung aus: „Die Bilanz der Finanzpolitik der achtziger Jahre ist im ganzen positiv.“

## Ausblick für 1990

„Mit der deutschen Wirtschaft geht es im nächsten Jahr weiter bergauf.“ Insbesondere der **private Verbrauch** bringt den dafür notwendigen Schub. Aber auch die **Investitionen** gewinnen weiter an Schwung. Die „Fünf Weisen“: „Die Angebotsbedingungen sind gut, und sie werden aller Voraussicht nach gut bleiben. Es lohnt sich für die Unternehmen, in Sachanlagen zu investieren.“ Insbesondere gilt dies für die **Bauinvestitionen**, der Sachverständigenrat rechnet mit einem **Plus von sechs Prozent**. Auch die **Exporte** werden 1990 kräftig steigen, hier wird die Steigerungsrate vermutlich ebenfalls bei **rund sechs Prozent** liegen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** entspannt sich die Lage weiterhin. Die fünf Professoren: „Es dürften deshalb im nächsten Jahr **knapp 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden**.“ Deutlich weist der Sachverständigenrat jedoch auf den inzwischen in vielen Bereichen herrschenden Mangel an Arbeitskräften hin. „Die Entwicklung der Beschäftigung hängt also nicht mehr nur davon ab, wie stark die Produktion ausgeweitet werden kann, sondern der Spielraum für eine Produktionsausweitung bestimmt sich auch nach den verfügbaren — qualifizierten — Arbeitskräften.“



Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik steigen 1990 — so der Sachverständigenrat — um **7,5 Prozent**. Das bedeutet, daß im kommenden Jahr über 100 Milliarden DM zusätzlich in die Kassen der privaten Haushalte fließen werden. Hier macht sich insbesondere die 3. Stufe der Steuerreform bemerkbar.

Da sich die **Inflationsrate** im nächsten Jahr vermutlich bei **rund drei Prozent** bewegen wird, bleibt den privaten Haushalten ein „kräftiger Zuwachs bei den Realeinkommen“ von rund 4,5 Prozent.

**Fazit des Gutachtens: eine eindrucksvolle Bestätigung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung.**

Der Sachverständigenrat betont ausdrücklich, daß die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung eine „neue Qualität gewonnen“ habe. Er stellt in vielen Wirtschaftsbereichen, durch volle Auftragsbücher und anhaltend gute Gewinne begünstigt, eine **Aufbruchstimmung** fest. Um diese Entwicklung nicht zu gefährden, fordert er insbesondere die **Tarifpartner zu Besonnenheit in der Tarifpolitik** auf und warnt vor „überzogenen Tarifabschlüssen“ in der kommenden Tarifrunde.

## Renten steigen um 3,3 Prozent

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat den Referentenentwurf eines Renten Anpassungsgesetzes 1990 versandt. Danach sollen die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1990 um voraussichtlich 3,3 v.H. erhöht werden. Diese Erhöhung kommt den Rentnern in vollem Umfang zugute, da durch die Erfolge der Gesundheitsre-

form die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht steigen, sondern eher sinken werden.

## Klaus Töpfer:

# Umweltzusammenarbeit mit der DDR in Milliardenhöhe

**Die Zusammenarbeit mit der DDR zur Verbesserung der dortigen Umweltsituation soll bereits in absehbarer Zukunft bei technologischen Projekten eine Milliardenhöhe erreichen, kündigte Umweltminister Klaus Töpfer an.**

Die Unterstützung der DDR bei umweltfreundlicheren Techniken „bringt mehr als die Jagd auf die letzten Prozente bei uns“, erklärte Töpfer im Düsseldorfer Landtag.

Die nordrhein-westfälische CDU hatte 200 Wissenschaftler, Umweltschützer, Politiker und Stromerzeuger eingeladen, nach Wegen zu suchen, wie die weitere Aufheizung unserer Atmosphäre durch Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) gebremst werden kann.

Klaus Töpfer untermauerte seine Forderung nach einer deutsch-deutschen Zusammenarbeit mit Zahlen über die Energieverschwendung in der DDR durch veraltete Anlagen, die einen unnötig hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben. DDR-Kraftwerke verwandeln nur 22 bis 24 Prozent der in der Kohle gespeicherten Energie in Strom, ein durchschnittliches bundesdeutsches Kohlekraftwerk hingegen hat einen Wirkungsgrad von 38 Prozent. Durch Modernisierung kann also in der DDR der Brennstoffverbrauch um ein Drittel und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß entsprechend verringert werden.



## 30 Jahre Godesberger Programm:

# Die SPD sollte den Sozialismus aus ihrem Programm streichen

Zum 30. Jahrestag der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD, zu dem sich die SPD bisher aus offenbar naheliegenden Gründen nicht geäußert hat, erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms setzte die SPD auf ihrem Godesberger Parteitag vor 30 Jahren ein zukunftsorientiertes Signal des programmatischen Kurswechsels. Ohne dieses Signal hätte sie die Regierungsverantwortung im Bund 10 Jahre später nicht übernehmen können. Sie nahm damals Abschied von den Denkmustern des dogmatischen Marxismus und des Klassenkampfes, sie bejahte die von Ludwig Erhard eingeführte Soziale Marktwirtschaft und markierte mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis eine Wende ihrer Außenpolitik. In Godesberg vollzog die SPD den Schritt von der marxistischen Klassenpartei zur linken Volkspartei.

Im Dezember 1989, 30 Jahre später, will sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm geben. Der vorgelegte Entwurf zeigt, daß die Sozialdemokraten ihre historische Leistung von Godesberg nicht wiederholen können. Wesentliche Prinzipien des bisher gültigen Grundsatzprogramms werden wieder aufgegeben. Längst überholte Denkklišees, gepaart mit mühsam errungenen und deshalb brüchigen Formelkompromissen, spiegeln den langanhaltenden, zähen Streit um

Ziel und Kurs sozialdemokratischer Politik.

In wesentlichen Punkten fällt die SPD hinter ihr Godesberger Programm zurück: Rückschritt statt Fortschritt kennzeichnet das neue Grundsatzprogramm:

■ Im Godesberger Programm sagen die Sozialdemokraten: „Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.“ Im neuen Programmentwurf wird dieser innere Zusammenhang von Frieden und Freiheit nicht mehr hergestellt.

Angesichts der Revolutionen für die Freiheit in den Ländern Ost- und Mitteleuropas befindet sich die SPD nicht auf der Höhe der Zeit, wenn sie die Bedeutung der Freiheit in ihrer Programmatik zurückstufte.

Im Godesberger Programm heißt es noch völlig eindeutig: „Die SPD . . . erstrebt die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit.“

Heute soll es nach Ansicht der SPD „offen bleiben, ob und wie die Deutschen in beiden Staaten . . . zu institutioneller Gemeinschaft finden“.

Die Ereignisse der zurückliegenden Wochen zeigen: Die Deutschen wollen zusammenkommen, weil sie zusammengehören. Dies nicht mehr wahrhaben zu wollen, gehört zur politischen Lebenslüge der SPD.

■ Im Godesberger Programm formulierte die SPD: „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig.“ Heute



heißen die wesentlichen Stichworte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: „Staatliche Steuerung“, „Lenken“, „Plänen“, „Vorgaben für die Entscheidungen der Unternehmer“.

Die SPD wird auch hier von der jüngsten Geschichte eingeholt und widerlegt: Was sich in den Ländern des Ostblocks vor den Augen der Weltöffentlichkeit mehr und mehr als gescheitert erweist — der Sozialismus —, das wollen die Sozialdemokraten im Grundsatzprogramm künstlich wiederbeleben!

Die schon mehrfach verschobene Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms macht deutlich: 30 Jahre nach Godesberg fehlt der SPD die Kraft zu einer zukunftsorientierten Programmatik. Wenn Godesberg ein Signal für Zukunftsorientierung war, so wird der Dezember-Parteitag der SPD ein Fanal für Rückwärtsgewandtheit sein.

Jeden Tag bricht der Sozialismus in Mittel- und Osteuropa weiter zusammen. Die SPD ist aufgefordert, ihr neues Grundsatzprogramm den dortigen Entwicklungen anzupassen. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus bedeutet den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt. Sozialismus ist ein Synonym für Bevormundung und Gängelung. Die Revolution dieser Tage ist eine Revolution gegen die Bevormundung.

Die Programmdiskussion in der SPD zeigt, daß sie diese Revolution gegen den Sozialismus noch gar nicht verstanden hat. Der Sozialismus ist keine Hoffnung für die Zukunft mehr. Er ist ein Relikt der Vergangenheit. Die Lösung dieser Zeit heißt Freiheit statt Sozialismus.

Die SPD sollte endlich die richtige Schlußfolgerung aus dem Bankrott des Sozialismus ziehen. Sie sollte den Sozialismus aus ihrem Programm streichen. ■

## Zitate

*Was müssen die Gefühle von Stephan Hilsberg gewesen sein, als der SPD-Sprecher auf dem nordrhein-westfälischen SPD-Parteitag mit eisigem Schweigen und vereinzelt Pfiffen bedacht wurde für seine Aussage: „Wir sind für soziale Marktwirtschaft“? Für seine Erklärung: „Wir fordern nicht direkt die Wiedervereinigung, aber viele spielen mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung“?*

*So lernte auch er, daß es die „eiskalte Ellbogengesellschaft“ tatsächlich gibt — unter den Genossen hier, den Roten und den Grünen. Sie wollen unsere Landsleute nicht haben; sie wollen sie vielmehr als Versuchskaninchen mißbrauchen, um nach seinem immer neuen Versagen nun den „wahren“, den „humanen“ Sozialismus aufzubauen.*

(Die Welt, 20. 11. 89)

*Und bei der DDR kommt ja noch ein zweites hinzu: nicht nur der Sozialismus hat dort versagt, der hat überall versagt, sondern auch der Versuch ist gescheitert, eine sozialistische Teilnation ins Leben zu rufen. Es gibt keine sozialistische und keine kapitalistische Nation, auch keine westdeutsche, mitteldeutsche oder ostdeutsche. Es gibt nur eine deutsche Nation. Und die Menschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes fordern dasselbe, nämlich Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Und darauf müssen sich Krenz und Genossen einstellen.* Alfred Dregger



## Fachkongreß im Konrad-Adenauer-Haus

# Auf die Erfahrungen der älteren Menschen wollen wir nicht verzichten

**Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus fand am 6. November 1989 ein Fachkongreß der Senioren-Union statt. Das Thema lautete: „Wie wollen ältere Menschen wohnen? — Neue Wohnformen im Alter“. — Das Hauptreferat hielt Generalsekretär Volker Rühle, der u. a. ausführte:**

Der Kongreß und die positive Resonanz darauf zeigen nicht nur die Bedeutung des Themas selbst, sondern auch den Bewußtseinswandel, der sich bei älteren Menschen vollzogen hat. Das Bild vom alten Menschen, der abgeschieden seinen Lebensabend verbringt, stimmt nicht mehr. Die alten Menschen von heute wollen nicht auf dem Abstellgleis der Gesellschaft stehen, sondern aktiv ihr Leben in der Gesellschaft gestalten. Die meisten von ihnen sind zwar keine grauen Panther, aber auch keine grauen Mäuse mehr.

Die CDU hat diesen Bewußtseinswandel früh erkannt und als einzige der großen Parteien mit der Senioren-Union eine eigene Organisation geschaffen, in der ältere Menschen ihre eigenen Interessen wirkungsvoll artikulieren können und dazu beitragen, Politik zu gestalten. Die von der CDU geführte Bundesregierung hat sich in vielfältigen Forschungsprojekten, Programmen und Aktionen dem Alter als eigenem und eigenwertigem Lebensabschnitt angenommen und wird im nächsten Jahr erstmalig einen „Gesamtbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland“ vorlegen. Nicht zuletzt

steht die Person von Bundesministerin Ursula Lehr, die die Schirmherrschaft über diesen Fachkongreß übernommen hat, für das Engagement der CDU für ältere Menschen.

Dieser Kongreß über menschengerechtes Wohnen im Alter zeigt zudem die besondere Verpflichtung der CDU als christlicher Partei für den einzelnen Menschen.

Die CDU will die Solidarität der Generationen in der Familie stärken und hat dazu beispielsweise die Situation von Pflegebedürftigen und ihren Familien wesentlich verbessert. Das Zusammenleben der Generationen ist für alle bereichernd und darf nicht an finanziellen Problemen scheitern, wenn alte Menschen krank werden.

Ich denke, daß wir gerade in einer Zeit raschen gesellschaftlichen Wandels den Zusammenhalt der Generationen brauchen. Der Erfahrungsschatz der Älteren kann Hilfestellung sein für die Jüngeren bei der Orientierung in einer sich wandelnden Welt und den sich dabei stellenden Problemen.

Viele ältere Menschen ergreifen bereits selbst die Initiative. Die Bewohner eines Altenheims in Süddeutschland beispielsweise haben nachmittags eine zusätzliche schulische Betreuung der Kinder von Aus- und Übersiedlern übernommen, die sich manchmal schwer tun in dem für sie ungewohnten Schulsystem. In manchen Orten gibt es sogenannte „Leihomas“ und „Leihopas“, ältere Menschen, die z. B. bei berufstätigen Frauen für eine gewisse Zeit die Betreuung der Kinder übernehmen.



Etwa fünf Prozent der rund 13 Mio. Menschen in der Bundesrepublik, die älter als 60 Jahre alt sind, leben heute in Altenheimen. Das durchschnittliche Eintrittsalter, das vor 14 Jahren bei bereits 70 Jahren lag, liegt heute erst bei 82 Jahren. Dies zeigt, daß alte Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben wollen, in Kontakt zu ihren Freunden und Nachbarn, dort, wo sie womöglich schon mehrere Jahrzehnte wohnen.

Für diejenigen, die in ein Altenheim gehen, darf dies aber nicht zur Abschiebung werden. Altenheime müssen älteren Menschen auch eine Heimat sein, will man zu Recht von menschengerechtem Wohnen sprechen können. Die von der CDU geführte Bundesregierung novelliert deshalb das Heimgesetz mit dem Ziel, die Rechtsstellung der Bewohner weiter zu verbessern und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken. Darüber hinaus müssen menschnahe Wohnformen realisiert werden, die nicht in Isolation und Anonymität führen, sondern den Kontakt der Bewohner untereinander fördern und auch die Außenwelt zu einem Bestandteil der eigenen Lebenswelt werden lassen.

In allen diesen Bereichen muß das Wohnen menschengerecht gestaltet sein. Ausreichender Wohnraum ist ein wichtiges Kriterium. Schließlich muß Freiraum bleiben für die eigene Gestaltung des Wohnraums; alte Menschen haben ihren Geschmack und ihren Stil, der nicht durch das Einerlei vorgefertigter Möbelteile vergewaltigt werden darf.

Alte Menschen brauchen nicht Bevormundung, sondern allenfalls Hilfestellungen. Technische Einrichtungen können und sollen dabei das Leben erleichtern und neue Möglichkeiten schaffen. So ist beispielsweise in Heidelberg eine Buslinie an der hinteren Tür mit einer hydraulischen

Hebebühne ausgestattet, die älteren Menschen, aber auch Müttern mit Kinderwagen, Reisenden mit schwerem Gepäck und Rollstuhlfahrern das oft mühsame Einsteigen erleichtert.

Menschengerechtes Wohnen und Leben im Alter heißt vielmehr, daß die Emanzipation der älteren Generation unterstützt wird. Die ältere Generation hat ein Anrecht darauf, die Lebens- und Wohnverhältnisse mitzugestalten, Politik und Gesellschaft mitzuprägen. Unser Umgang mit alten Menschen ist dabei immer auch ein Maßstab für die Gesellschaft selbst, für den Stellenwert des einzelnen Menschen und die Glaubwürdigkeit des eigenen Anspruchs. Lassen sie uns alle dazu beitragen, eine menschengerechte Gesellschaft zu schaffen, in der ältere Menschen ihren Platz haben.

## Genügend Ausbildungsplätze vorhanden

Der Ausbildungsstellenmarkt war in diesem Jahr so gut wie lange nicht mehr. Am Ende des Berufsberatungsjahres, am 30. September 1989, waren bei den Arbeitsämtern nur noch 18.000 Bewerber ohne Ausbildungsplatz gemeldet — dies waren 6.800 oder 27 Prozent weniger als vor einem Jahr und damit die niedrigste Zahl seit 1980. Gleichzeitig gab es noch 84.600 nichtbesetzte Stellen, 22.700 oder 37 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, kürzlich mitteilte, besteht bundesweit ein deutlicher Überhang an Ausbildungsstellen, im Süden mehr als in nördlichen Gebieten. Gerade in den sogenannten Fertigungsberufen sind besonders viele Stellen unbesetzt. Aber auch in den Bereichen der Bauwirtschaft sowie der Ernährungs- und Metallberufe herrscht ein Mangel an Lehrlingen.



# Bundeskanzler löst Versprechen ein: Wohnungsbauprogramm für Studenten

**Bereits im Frühsommer dieses Jahres hat sich der Bundeskanzler in einem Gespräch mit den Gruppenvorsitzenden des RCDS bereit erklärt, sich des damals in der Öffentlichkeit noch kaum wahrgenommenen Problems der studentischen Wohnungssituation persönlich anzunehmen.**

Mit dem am 7. November 1989 vor den Koalitionsspitzen beschlossenen Sofortprogramm für den studentischen Wohnungsbau hat die CDU/CSU ihr Versprechen eingelöst, sich intensiv um eine Lösung der großen studentischen Wohnungsnot zu bemühen. Noch für 1990 wird ein Wohnungsbauprogramm auf den Weg gegeben, das im nächsten Jahr mit rund 1 Mrd. DM etwa 20 000 Studentenwohnheimplätze — ortsnah und preisgünstig — entstehen lassen soll. 60 Prozent der Baukosten sollen zu gleichen Teilen von Bund und Ländern aufgebracht werden, 40 Prozent müssen die Träger der Studentenwohnheime aufbringen. Dieses Konzept entspricht weitgehend den Überlegungen des RCDS, die dieser verdienstvollerweise im Sommer dieses Jahres entwickelt hatte.

Nachdem der Bund unter SPD-Führung (Kanzler Schmidt, Finanzminister Apel, Bildungsminister Engholm) aus der studentischen Wohnungsbaufinanzierung ausgestiegen ist, setzt die unionsgeführte Bundesregierung nun ein konkretes Zeichen, wie ein akutes Problem über vordergründige Kompetenzstreitereien hinweg pragmatisch angepackt werden kann, stellt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert, fest.

Allein für 1990 wird der Bund die Summe von 300 Mio. DM für dieses Programm einbringen. Ich appelliere an die Länder, ihren Beitrag dazu zu leisten, daß dieses Programm auch tatsächlich schon nächstes Jahr greifen kann. Vielerorts gibt es bereits ausgereifte Pläne der Studentenwerke zum Bau von Studentenwohnheimen; sie sollten möglichst unbürokratisch unterstützt werden. Des weiteren wäre zu wünschen, daß die Länder und Kommunen in enger Kooperation mit Hochschulen und Studentenwerken die notwendigen baureifen Grundstücke rasch zur Verfügung stellen, und zwar unter Bedingungen, die es erlauben, Mieten in sozialverträglicher Weise zu erheben, z. B. durch Erbbau oder kostenlose Überlassung.

Darüber hinaus sind aber gerade private Träger aufgerufen, sich im Studentenwohnheimbau zu engagieren und das Angebot einer 60prozentigen Finanzierung durch Bund und Länder anzunehmen. ■

## Personalie

Die VIII. Generalversammlung der Europäischen Mittelstands-Union EMSU am 10./11. November 1989 in Brüssel hat den CSU-Europaabgeordneten **Ingo Friedrich** einstimmig erneut zum Präsidenten gewählt. Bei den Neuwahlen zum Präsidium wurden als Vizepräsidenten aus der Bundesrepublik Deutschland **Prof. Gerhard Zeitel** (Ehrenvorsitzender der Mittelstandsvereinigung) und **Werner Bucher** (Generalsekretär der Euomechanic) wiedergewählt.



# Winterzeit – Weihnachtszeit



*Das Mobile  
aus der neuen CDU-Weihnachtskarte  
ist auch als Christbaumschmuck zu verwenden.*





**Auch in diesem Jahr bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle winterliche Werbemittel an, mit denen Sie in der Vorweihnachtszeit um Sympathie werben können und mit denen Sie gut durch die kalte Jahreszeit kommen.**

Unsere neue Weihnachtskarte ist ein netter Gruß zum Fest. Das Winter-Puzzle schafft Spielfreude für die ganze Familie, die Modelliermasse für Kinder verkürzt das Warten aufs Christkind, und mit der CDU-Tischdecke schaffen Sie bei Ihrer Weihnachtsfeier eine festliche Grundlage. Wenn es kalt wird: Mit der CDU-Mütze kommen Sie gut durch den Winter, für heiße Getränke, nicht nur am Info-Stand, ist der Getränkebecher bestens geeignet, und der Eiskratzer schafft klare Sicht.

**Neu:**

### **CDU-Weihnachtskarte**

Wünschen Sie Ihren Bekannten, Freunden und Familienangehörigen in diesem Jahr ein frohes Fest mit der neuen CDU-Weihnachtskarte. In Form einer aufklappbaren Briefkarte gestaltet, bringt sie weihnachtliche Stimmung, dort, wo sie aufgestellt wird. Sie paßt in jeden normalen Umschlag.

Die einzelnen Abbildungen der Weihnachtskarte — hübsche weihnachtliche Gegenstände, wie z. B. Engel, Kugel und Tannenbaum — können Sie ausschneiden und mit Bindfäden zu einem Mobile zusammenfügen, das beim leisesten Kerzenhauch in Bewegung gerät. Nicht nur für Kinderaugen ein netter Blickfang in der festlichen Vorweihnachtszeit.

Bestell-Nr.: **9204**

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme 22,30 DM

Bestellungen über das

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

### **Sympathie-Poster „Frohes Fest“**

Das Poster „Frohes Fest“ bietet ein ansprechendes, weihnachtliches Motiv für die Plakatierung im CDU-Verband (Format DIN A1).

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme 18,50 DM

Bestell-Nr.: **8013**

### **CDU-Mütze**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM

Bestell-Nr.: **9812**

### **CDU-Eiskratzer**

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 60,— DM

Bestell-Nr.: **9890**

### **Getränkebecher**

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 13,— DM

Bestell-Nr.: **9922**

### **Modelliermasse**

#### **„Wir lieben Kinder“**

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM

Bestell-Nr.: **9781**

### **Tischdeckenfolie**

#### **mit CDU-Aufdruck**

Mindestabnahme: 1 Rolle

Preis pro Mindestabnahme: 30,— DM

Bestell-Nr.: **9059**

### **Advents- und**

#### **Weihnachtsliederbuch**

Das beliebte Advents- und Weihnachtsliederbuch mit vielen traditionellen Liedern, die zum Mitsingen einladen.

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 18,25 DM

Bestell-Nr.: **2867**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

Beschlüsse des 36. Bundesparteitag der CDU vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden, des Bundesausschusses am 12. und 26. September 1988 sowie des 37. Bundesparteitages der CDU vom 11. bis 13. September 1989 in Bremen

## **Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes**



### **Neu im Angebot**

In dieser Broschüre (siehe Abbildung) veröffentlicht die CDU die Beschlüsse des Wiesbadener Bundesparteitages (13.—15. Juni 1988), der beiden daran anschließenden Sitzungen des Bundesausschusses in Bonn (12. und 26. September 1988) sowie des Bremer Bundesparteitages (11.—13. September 1989). Neu sind die in Bremen beschlossenen Kapitel IV „Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern“ und Kapitel V „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“.

Bestell-Nr.: 5115

Mindestabnahme: 10 Exempl.

Preis je Mindestabnahme: 28,50 DM

Bestellungen über das

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 1328**

**4804 Versmold**

# **UID**

**37/89**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis: jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.